



Wahlprüfsteine

zur Landtagswahl 2021

Der Landesseniorenrat Baden-Württemberg e.V. hat seine Wahlprüfsteine an alle im Landtag vertretenen Parteien verschickt.

Die Antworten der FDP Baden-Württemberg finden Sie im folgenden Dokument.

FDP



Landesseniorenrat
Baden-Württemberg e.V.

Inhalt

| | |
|---|----------|
| Starkes Land durch Teilhabe und Engagement | 1 |
| Wie wird Ihre Partei künftig diese Bereiche weiter stärken und untereinander vernetzen? | 1 |
| Armut und Einsamkeit gehen oft Hand in Hand | 2 |
| Welche präventiven und strategischen Maßnahmen zur Bekämpfung der Altersarmut plant Ihre Partei?..... | 2 |
| Welche Maßnahmen wird Ihre Partei gegen die Ausgrenzung/Vereinsamung als Folge der Altersarmut ergreifen? | 2 |
| Welche Ansätze verfolgt Ihre Partei, um Menschen mit Pflegebedarf in den jeweiligen Versorgungsstrukturen zu unterstützen? Wie muss sich dazu die Pflegeversicherung finanziell und strukturell weiterentwickeln, damit Altersarmut bei Menschen mit Pflegebedarf und bei pflegenden Angehörigen begrenzt werden kann?..... | 3 |
| Wie wird Ihre Partei die häusliche und familiäre Pflegeleistung durch An- und Zugehörige anerkennen und damit einen Betrag zur Vereinbarkeit von Familien- und Berufsarbeit leisten? | 4 |
| Wohnraum – bedarfsgerecht, barrierefrei und bezahlbar | 6 |
| Welche konkreten Schritte plant Ihre Partei, um die Förderung von bezahlbarem, barrierefreiem Wohnraum zu unterstützen? | 6 |
| Welche Anreize schlägt Ihre Partei vor, um den Bestandsimmobilienmarkt entsprechend der Bedürfnisse älterer und eingeschränkter Menschen so anzupassen, dass sie möglichst lange und mit der größtmöglichen Selbständigkeit zu Hause wohnen bleiben können? | 6 |
| Welche Anreize plant Ihre Partei für die Ausweitung alternativer Wohnformen zur Ergänzung des Wohnens zu Hause, des Wohnens mit Service und der Pflegeheime?..... | 7 |
| Wie plant Ihre Partei die weitere Ausgestaltung der dafür notwendigen Beratungsstruktur und deren Finanzierung?..... | 7 |
| Maßnahmen für Gesundheit, Pflege und Prävention | 8 |
| Wie wird Ihre Partei konkret auf Landesebene aktiv, damit ältere Menschen in ihrem gewohnten Lebensumfeld in Würde und Selbstbestimmung ihr Leben gestalten können? | 8 |
| Welche Ideen bringt Ihre Partei ein, um die Pflegeberatung vor Ort besser zu vernetzen und zu den Menschen zu bringen? | 8 |
| Was wird Ihre Partei unternehmen, um die Kranken- und Pflegeversicherung solidarisch und nachhaltig zu gestalten? | 8 |
| Welche Möglichkeiten sieht Ihre Partei, den Rahmen für den Ausbau der Versorgung im Bereich der Palliativmedizin und Palliativpflege sowie zur Förderung der Hospizkultur so zu ändern, dass die Unterschiede aufgehoben werden?..... | 9 |
| Welche Maßnahmen schlägt Ihre Partei zur Realisierung von nachhaltigen Versorgungskompetenzen in diesem Bereich vor?..... | 10 |
| Wie kann sich Ihre Partei ein Zusammenspiel zwischen analogen Arztbesuchen und den digitalen Angeboten vorstellen? Wie will Ihre Partei die Teilhabe der Menschen erreichen, die aufgrund besonderer Umstände Probleme haben, mit technischen Medien umzugehen? | 11 |
| Was wird Ihre Partei unternehmen, damit die Situation in der Pflege positiv verändert wird, das Berufsbild eine Aufwertung erhält und junge Menschen begeistert?..... | 11 |

Mobilität und Klimaschutz – beides drängt13

Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um die Mobilität im Sinne des Klimaschutzes zu erhalten und attraktiv zu gestalten?..... 13

Wie wird Ihre Partei den öffentlichen Bereich und die Nahversorgung für Fußgänger gestalten, damit die sich gut zurechtfinden und eine Nahversorgung vielen zugänglich ist? 14

Wie steht Ihre Partei zu dem Thema Barrierefreiheit im öffentlichen Raum? 14

Teilhabe - im Zeitalter der Digitalisierung15

Wie will Ihre Partei Seniorinnen und Senioren bei dieser Entwicklung mitnehmen? 15

Was können wir gemeinsam dafür tun? 15

i **Starkes Land durch Teilhabe und Engagement**

Baden-Württemberg ist eines der Bundesländer, in denen das bürgerschaftliche Engagement durch fast alle Altersgruppen hindurch stark ausgeprägt ist. Viele Angebote im sozialen Bereich ergänzen die bestehenden professionellen Dienstleistungen und stellen damit einen wichtigen Teil der Versorgungslandschaft vor Ort dar. Gerade für Ältere ist das Gefühl „noch gebraucht zu werden“ sehr wichtig. Daher befürworten wir eine stärkere Wertschätzung und Förderung von Menschen, die sich freiwillig für die Gesellschaft engagieren.

? **Wie wird Ihre Partei künftig diese Bereiche weiter stärken und untereinander vernetzen?**

Das bürgerschaftliche Engagement ist für uns Freie Demokraten das Kennzeichen einer gelebten Bürgergesellschaft. Die wertvollen Erfahrungen älterer Menschen können zum Nutzen der ganzen Gesellschaft sein. Es wäre geradezu töricht, diesen Schatz nicht zu heben. Wir wollen Anreize schaffen, um ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen zu ehrenamtlichem Engagement zu ermutigen. Hierzu könnte eine Ehrenamts-Card nach dem Vorbild Bayerns geschaffen werden. Auch weitere Maßnahmen im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung der Engagementstrategie des Landes müssen geprüft werden. Es geht zwar nicht um die Bezahlung des Ehrenamts, es soll aber nicht so sein, dass man für sein ehrenamtliches Engagement auch noch selbst Geld mitbringen muss.

Die Gefährdung ehrenamtlicher Strukturen insbesondere in Vereinen während und wegen der Corona-Pandemie wollen wir durch gezielte und zeitlich befristete Förderprogramme verringern.

i **Armut und Einsamkeit gehen oft Hand in Hand**

Altersarmut ist leider keine Ausnahmerecheinung, sondern für viele Seniorinnen und Senioren bittere Realität geworden. Aufgrund des demographischen Wandels ist absehbar, dass sich diese Lebenslage zu einem wichtigen Thema entwickeln wird und in Armut lebende ältere Menschen aus dieser Situation nicht allein heraus kommen werden. Aus unserer Sicht beginnt die Altersarmut bereits bei der Erwerbsarmut.

? Welche präventiven und strategischen Maßnahmen zur Bekämpfung der Altersarmut plant Ihre Partei?

Bei dieser Frage geht es um einen Zeithorizont, der weit in der Zukunft liegt. Denn die bereits heute in Altersarmut lebenden Menschen können mit präventiven Maßnahmen nicht mehr erreicht werden. Hier geht es vielmehr darum, akute Hilfe zu leisten. Es ist der Vorschlag der Freien Demokraten, dass ältere Menschen, die auf Grundsicherungsleistungen angewiesen sind und privat vorgesorgt haben, einen Freibetrag in Höhe von 20 Prozent eingeräumt bekommen. Die derzeitige Anrechnung führt nämlich dazu, dass sich derjenige, der privat vorgesorgt hat, als benachteiligt fühlt, weil eine Anrechnung auf die Grundsicherung stattfindet.

Perspektivisch geht es darum, Brüche in den Erwerbsbiographien zu vermeiden sowie familien- und pflegebedingte Auszeiten angemessen zu berücksichtigen. Auch ist das Weiterbildungswesen zu stärken, um das Überwinden von prekären Arbeitsverhältnissen zu erleichtern. Des Weiteren sind die private und betriebliche Altersvorsorge als seit jeher unerlässliche weitere Standbeine neben der gesetzlichen Rente zu stärken. Es ist zwar eine Binsenweisheit, dennoch wird es oft verdrängt: Alter und Regelaltersrente kommen nicht überraschend, sondern sind planbare Ereignisse. Es geht also darum, ein waches Bewusstsein für die Erfordernisse der Zukunft zu wecken.

? Welche Maßnahmen wird Ihre Partei gegen die Ausgrenzung/Vereinsamung als Folge der Altersarmut ergreifen?

Die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements trägt dazu bei, dass sich jeder unabhängig von seinem Geldbeutel einbringen kann, hierbei Sinnstiftendes erfährt und es gerade nicht um kostenintensive Hobbys geht. Die Quartiersentwicklung kann zudem niederschwellige Begegnungs- und Teilhabestätten zum Gegenstand haben, so dass jeder gerne in seiner Umgebung lebt.

Angebote der Seniorenbetreuung oder strukturierte Freizeitangebote können weitere sinnvolle Angebote sein und verdienen Unterstützung.

- ❶ Die Pflegeversicherung stößt in ihrer heutigen Struktur an ihre Grenzen. Das derzeitige System deckelt die Zahlungen der Pflegeversicherung. Alle Kostensteigerungen werden auf die Pflegebedürftigen umgelegt. Der Eigenanteil, den Pflegebedürftige und deren Angehörige, in der stationären Pflege zu tragen haben, steigt immer weiter. Der notwendige Zukauf von pflegerischen Leistungen in der ambulanten Versorgung Pflegebedürftiger stellt Familien vor große finanzielle Herausforderungen.

Neben der finanziellen Belastung müssen sich insbesondere Personen, die ihre pflegebedürftigen Angehörigen zu Hause versorgen, mit dem Thema der Vereinbarkeit von Pflege und Beruf auseinandersetzen. Viele pflegende Angehörige können nicht mehr wie bislang berufstätig sein. Sie müssen ihre Arbeit reduzieren oder aufgeben, weil sie mit ihrer Pflegeleistung und -verantwortung nicht vereinbar ist. Damit verlieren sie ihre eigene soziale Absicherung.

Mittlerweile sind wieder viele pflegebedürftige Menschen auf staatliche Unterstützung angewiesen. Das Alterseinkommen kann den Eigenanteil oftmals und gerade in der stationären Versorgung nicht decken. Deshalb fragen wir Sie:

- ❷ ***Welche Ansätze verfolgt Ihre Partei, um Menschen mit Pflegebedarf in den jeweiligen Versorgungsstrukturen zu unterstützen? Wie muss sich dazu die Pflegeversicherung finanziell und strukturell weiterentwickeln, damit Altersarmut bei Menschen mit Pflegebedarf und bei pflegenden Angehörigen begrenzt werden kann?***

Wir Freien Demokraten betrachten die steigenden Eigenanteile für stationär untergebrachte Pflegebedürftige mit großer Sorge. Wichtig ist uns ebenfalls eine generationengerechte Finanzierung, weshalb eine Deckelung der Eigenanteile unter diesem Aspekt nicht zu verantworten ist. Dieser wäre zum einen nur durch eine erhebliche Erhöhung der Pflegebeiträge zu finanzieren, zum anderen aber auch sozialpolitisch nicht zielgenau. Denn davon würden auch Vermögende profitieren, die sich Pflegevorsorge und die pflegebedingten Kosten prinzipiell leisten können, aber dann auch nur die gedeckelten Anteile zahlen müssten.

Für Pflegebedürftige mit geringen Einkommen kommt dagegen bereits heute die Hilfe zur Pflege nach dem SGB XII auf mit hohen Freibeträgen für Kinder, die erst ab 100.000 Euro Einkommen zum Unterhalt herangezogen werden. Wir fordern vielmehr die Überführung der medizinischen Behandlungspflege in stationären Einrichtungen in den Leistungsbereich der gesetzlichen Krankenversicherung, wie dies bei der ambulanten Pflege bereits der Fall ist. Ferner wollen wir eine regelhafte und faire Dynamisierung der Leistungen der Pflegeversicherung und die Abschaffung der Umlagen für Ausbildungskosten zulasten der Heimbewohner.

Außerdem versprechen wir uns von einer Entbürokratisierung in der Pflege, dass Pflegekräfte wieder mehr Zeit für die Pflegebedürftigen haben. Dazu haben wir in der Pflege-Enquete konkrete Handlungsempfehlungen gemacht.

? **Wie wird Ihre Partei die häusliche und familiale Pflegeleistung durch An- und Zugehörige anerkennen und damit einen Betrag zur Vereinbarkeit von Familien- und Berufsarbeit leisten?**

Neben der Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss auch die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf berücksichtigt werden. Mit dem Pflegezeit- und dem Familienpflegezeit-Gesetz wurde ein zinsloses Pflege-Darlehen eingeführt, das einen Teil des Nettogehalts für pflegende Angehörige, die ihre Arbeitszeit für die Pflege reduzieren, kompensiert. Es hat sich jedoch als nicht attraktiv für die Betroffenen erwiesen und muss daher reformiert werden.

Häusliche Betreuungskräfte, die im Haushalt der Pflegebedürftigen leben, erleichtern den Angehörigen die Pflege. Viele dieser Beschäftigungsverhältnisse laufen allerdings im Grau- oder Schwarzbereich. Um die Schwarzarbeit zu bekämpfen und Anreize für eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu setzen, ist die steuerliche Berücksichtigung von Pflege- und Betreuungsleistungen im Haushalt zu verbessern. Wir haben zudem bereits vor einigen Jahren ein [Modell für eine 24-Stunden-Pflege in eigener Häuslichkeit](#) vorgestellt.

Pflegende Angehörige brauchen professionelle Unterstützung. Gleichzeitig müssen ambulante Pflegedienste aus Personalmangel immer mehr Pflegebedürftige abweisen. Die Maßnahmen im Pflegepersonal-Stärkungsgesetz richten sich aber hauptsächlich an die stationäre Alten- und Krankenpflege. Um Personal in der ambulanten Pflege zu halten und eine Abwanderung in den stationären Bereich zu verhindern, müssen auch in der ambulanten Pflege spürbare Verbesserungen der Arbeitsbedingungen angestoßen werden.

Pflegenden Angehörigen ist oft nicht bewusst, welche Leistungen ihnen zustehen. Außerdem ist die Beantragung dieser Leistungen häufig kompliziert und bürokratisch, weshalb Angehörige vor der Antragsstellung zurückschrecken. Daher müssen die professionellen Beratungsangebote verbessert werden. Sie müssen niedrigschwellig, leicht auffindbar und digital zugänglich gestaltet werden.

Kurzzeit- und Tagespflege sind wichtige Angebote, um pflegende Angehörige zu entlasten und zur Vereinbarkeit von Pflege und Beruf beizutragen. Aktuell können aber nur wenige Pflegebedürftige entsprechende Plätze in Anspruch nehmen. Dies liegt vor allem daran, dass die Kurzzeitpflege für Pflegeeinrichtungen kaum wirtschaftlich tragfähig möglich ist.

Deswegen setzen wir uns für eine wirtschaftliche Vergütung ein, um einen bedarfsgerechten Ausbau dieser Angebote zu fördern. Die Leistungen der Kurzzeit- und Verhinderungspflege sind vollständig zusammenzuführen, um eine flexible Nutzung zu ermöglichen. Damit soll auch die Sperrfrist bei der Inanspruchnahme der Verhinderungspflege entfallen.

Zum Verbleib in der häuslichen Umgebung sind innovative Versorgungsformen stärker zu berücksichtigen. Das erfolgreiche niederländische Modell der Nachbarschaftshilfe („Buurtzorg“) ist ein Beispiel für ein gelungenes Zusammenwirken von Angehörigen- und professioneller Pflege sowie ehrenamtlicher Hilfe. Die Resultate in den Niederlanden sind bessere Pflegeergebnisse, eine höhere Zufriedenheit der Pflegekräfte und kostengünstigere Strukturen. Deshalb wollen wir durch rechtliche und administrative Regelungen ein entsprechendes Modell auch in Deutschland flächendeckend ermöglichen.

i Wohnraum – bedarfsgerecht, barrierefrei und bezahlbar

Wohnen ist eines der Grundbedürfnisse des Menschen. Die Wohnung ist der Rückzugsort, der Lebensquell. Die Wohnsituation bestimmt zu einem großen Teil die Lebensqualität. Mit zunehmendem Alter jedoch und bei auftretenden körperlichen und gesundheitlichen Einschränkungen werden besondere Anforderungen an die Wohnung und die Wohnsituation gestellt.

Hinzu kommt in allen Altersgruppen der Bevölkerung die Thematik der Bezahlbarkeit des Wohnraums. Barrierefreie Neubauwohnungen sind für viele Seniorinnen und Senioren langfristig nicht erschwinglich. Die Anforderung an bedarfsgerecht angepassten/barrierefreien Wohnraum ist nicht nur durch Neubauten zu decken, sondern auch durch den Umbau von Bestandsbauten zu fördern.

? Welche konkreten Schritte plant Ihre Partei, um die Förderung von bezahlbarem, barrierefreiem Wohnraum zu unterstützen?

Die Schaffung von Wohnraum – egal ob barrierefrei oder nicht – muss günstiger werden. Daher setzen wir uns dafür ein, durch eine sinnvolle Novelle der Landesbauordnung die Baukosten zu senken und unnötige kostentreibende Vorgaben wie überdachte Fahrradabstellplätze und zwingende Fassadenbegrünung zu streichen. Ebenfalls setzen wir uns für eine Senkung der Grunderwerbssteuer ein – 3,5% statt 5% sind vollkommen ausreichend. Die Wohnbauförderung des Landes möchten wir neu konzipieren und dabei den Fokus stärker auf Eigenheimbau und den Bau von Eigentumswohnungen richten – auch in barrierefreier Gestaltung. Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, zur Entlastung der Bürger beim Erwerb von Wohneigentum einen Grunderwerbsteuerfreibetrag von 500.000 Euro für natürliche Personen einzuführen.

? Welche Anreize schlägt Ihre Partei vor, um den Bestandsimmobilienmarkt entsprechend der Bedürfnisse älterer und eingeschränkter Menschen so anzupassen, dass sie möglichst lange und mit der größtmöglichen Selbständigkeit zu Hause wohnen bleiben können?

Die bestehenden Zuwendungsmöglichkeiten der Pflegeversicherung, wie auch der Förderprogramme sowie der Leistungen zur Teilhabe sind wichtige Beiträge für die Wohnraumanpassung. Zusammen mit den Betroffenen sollte die Zielsicherheit der Maßnahmen diskutiert und Weiterentwicklungen geprüft werden. Oftmals können aber auch ambulante Dienste und das ehrenamtliche Engagement den Verbleib in der eigenen Wohnung wesentlich erleichtern. Hierzu haben wir an anderer Stelle schon einige Punkte genannt.

☐ ***Welche Anreize plant Ihre Partei für die Ausweitung alternativer Wohnformen zur Ergänzung des Wohnens zu Hause, des Wohnens mit Service und der Pflegeheime?***

Es war die Fraktion der /DVP, die in den Landtag von Baden-Württemberg ein Gesetz zur Änderung des Wohn-, Teilhabe und Pflegegesetzes eingebracht hat. Die Zielrichtung war, die ambulanten Wohnformen zu stärken, zu entbürokratisieren und eine stärkere Dynamik zu entfalten. Wir sehen hier noch ein enormes Potential, wenn wir mehr Flexibilität erreichen. Das Innovationsprogramm Pflege könnte auch in diesem Bereich eingesetzt werden.

☐ ***Wie plant Ihre Partei die weitere Ausgestaltung der dafür notwendigen Beratungsstruktur und deren Finanzierung?***

Die vorhandenen Beratungsstrukturen sollten mit der Entscheidung des Haushaltsgesetzgebers, die Einrichtung und Umsetzung eines Landeskompetenzzentrums Barrierefreiheit in der Trägerschaft des Landes zu fördern, ergänzt werden. Die zum Zeitpunkt der Beantwortung noch andauernden Beratungen und die praktischen Erfahrungen – sobald die Stelle in Betrieb ist – sollten zunächst abgewartet werden.

i Maßnahmen für Gesundheit, Pflege und Prävention

Gesundheit, Pflege und Prävention sind Bausteine für den Erhalt der Selbständigkeit und Lebensqualität im Alter. Präventive, mobile, ambulante und stationäre Angebote sollten bedarfsgerecht und in einer guten Qualität, einschließlich der sozialen Zuwendung und Betreuung, genutzt werden können.

? Wie wird Ihre Partei konkret auf Landesebene aktiv, damit ältere Menschen in ihrem gewohnten Lebensumfeld in Würde und Selbstbestimmung ihr Leben gestalten können?

Es kommt hierbei entscheidend auf die Strukturen in den Gemeinden vor Ort an. Die kommunalen Gesundheitskonferenzen und kommunalen Pflegekonferenzen könnten enger koordiniert werden. Ebenso geht es um Vernetzung, um im Sinne von best practice voneinander zu lernen, nicht zuletzt im Bereich der Quartiersentwicklung, die landesseitig gefördert wird. Die Gesundheits- und Pflegestrukturen sowie die Barrierefreiheit vor Ort sind entscheidende Faktoren, damit ältere Menschen in ihrem gewohnten Lebensumfeld in Würde und Selbstbestimmung ihr Leben gestalten können.

Die ambulante und stationäre Pflege sind unverzichtbare Bestandteile der Pflegeversorgung in der letzten Lebensphase. Für viele ältere Menschen und deren Angehörigen sind die Leistungen häufig aber nicht allein finanzierbar. Verschärft wird die Situation durch den Pflegekräftemangel.

- i** Die ambulante und stationäre Pflege sind unverzichtbare Bestandteile der Pflegeversorgung in der letzten Lebensphase. Für viele ältere Menschen und deren Angehörigen sind die Leistungen häufig aber nicht allein finanzierbar. Verschärft wird die Situation durch den Pflegekräftemangel.

? Welche Ideen bringt Ihre Partei ein, um die Pflegeberatung vor Ort besser zu vernetzen und zu den Menschen zu bringen?

Die Arbeit von Kreis-, Stadt- und Ortsseniorenräten, die Pflegestützpunkte und die Auskünfte der Pflegekassen sind neben den Angeboten der Kreise wesentliche Säulen einer guten Beratungslandschaft. Die Vernetzung vor Ort kann durch die kommunalen Pflegekonferenzen wesentlich vorangebracht werden.

? Was wird Ihre Partei unternehmen, um die Kranken- und Pflegeversicherung solidarisch und nachhaltig zu gestalten?

Im Zuge des Gesundheitsmodernisierungsgesetzes der damaligen SPD/Grünen-Bundesregierung wurde im Jahr 2005 die paritätische Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung aufgegeben. Ein zusätzlicher Sonderbeitragssatz in Höhe von 0,9 Prozent des beitragspflichtigen Bruttoeinkommens wurde damals eingeführt. Im Jahr 2015 wurde schließlich der Arbeitnehmer-

Sonderbeitrag und der einkommensunabhängige Zusatzbeitrag vollständig durch einen prozentualen Arbeitnehmer-Zusatzbeitragssatz ersetzt. Die gesetzlichen Kassen sollen mehr Selbstständigkeit bei Tarifoptionen und Leistungsangeboten bekommen, um den immer individuelleren Bedürfnissen ihrer Versicherten entgegenzukommen.

Es darf keine Diskriminierung oder Wettbewerbsverzerrung geben. Daher muss auch folgerichtig die Finanzierung von sogenannten versicherungsfremden Leistungen aus Bundeszuschüssen, für zum Beispiel Leistungen für Mutterschaft und Schwangerschaft oder die Familienversicherung von Kindern und Ehegatten, für alle Versicherten gelten oder für keinen. Die Versicherungen sollen miteinander in fairem und transparentem Wettbewerb stehen. Um das zu gewährleisten, ist die Effizienz und der Verteilungsmechanismus des Gesundheitsfonds rasch und gründlich zu überprüfen, um entstandene Marktverzerrungen und Ungerechtigkeiten zu beseitigen. Vor allem ist der morbiditätsorientierte Risikostrukturausgleich (MorbiRSA), auf dessen Basis die Verteilung der Gelder aus dem Gesundheitsfonds an die einzelnen Krankenkassen vorgenommen wird, auf eine manipulationssichere Basis zu stellen.

Besonders gravierend wirken sich die Rückgriffe auf die Rücklagen der Krankenkassen in Baden-Württemberg im Zuge des Gesundheitsversorgungs- und Pflegeverbesserungsgesetz aus. Zur Deckung der Corona-Finanzlücke müssen Kassen, die über eine Rücklage von über 0,4 Monatsausgaben verfügen diese Mittel dem Gesundheitsfonds zur Verfügung stellen. So wird bestraft, wer solide gewirtschaftet hat. Das lehnen wir strikt als Form der Enteignung ab.

In der gesetzlichen Pflegeversicherung gibt es für Versicherte ohne eigene Kinder einen Zusatzbeitrag in Höhe von 0,25 Prozentpunkte. Auf Initiative des damaligen - Bundesgesundheitsministers wurde im Zuge des Pflege-Neuordnungsgesetzes im Jahr 2013 eine Förderung der privaten Pflegevorsorge eingeführt (so genannter Pflege-Bahr).

Eine Zusammenführung von gesetzlicher und privater Versicherung sehen wir nicht als zielführend an.

? ***Welche Möglichkeiten sieht Ihre Partei, den Rahmen für den Ausbau der Versorgung im Bereich der Palliativmedizin und Palliativpflege sowie zur Förderung der Hospizkultur so zu ändern, dass die Unterschiede aufgehoben werden?***

Die Behandlung von Patienten mit einer nicht heilbaren, ggf. weit fortgeschrittenen Erkrankung mit begrenzter Lebenserwartung mit dem Ziel, die Lebensqualität des Kranken zu erhalten oder zu verbessern (Palliativmedizin) ist ein wichtiger Bereich, der deutlich ausgebaut wurde. Die Palliativpflege umfasst das pflegerische Fachwissen sowie spezielle Maßnahmen und Leistungen, die innerhalb des ganzheitlichen Konzeptes der Palliative Care (Palliativversorgung) bzw. in der Palliativmedizin von Pflegefachkräften (hierzu gehören Gesundheits- und Krankenpfleger,

Pflegefachkräfte in der Altenpflege, Pflegefachkräfte in der ambulanten Pflege und Fachpflegekräfte für Intensivpflege und Anästhesie und Brückenschwestern) erbracht werden und der Verbesserung der Lebensqualität von Pflegebedürftigen mit unheilbaren, lebensbedrohlichen oder terminalen Erkrankungen und ihrer Angehörigen dienen.

Es war eine wichtige Errungenschaft, dass die Leistungen der spezialisierten ambulanten Palliativversorgung nun auch in stationären Pflegeheimen in Anspruch genommen werden können. Hospize leisten als Einrichtungen der Sterbebegleitung wichtige Dienste. 95 Prozent der Kosten tragen die gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung. Fünf Prozent tragen die Hospize und werben deshalb um Spenden. Eine Vollfinanzierung der Sozialversicherung fordern diese Einrichtungen nicht. Zur Stärkung der Strukturen wurde ein Aktionsplan „Hospiz- und Palliativversorgung in Baden-Württemberg 2018/19“ mit einem Gesamtvolumen von 1,3 Millionen Euro und insgesamt fünf Schwerpunkte aufgelegt.

- ❗ Die Aufrechterhaltung und der Ausbau einer wohnortnahen medizinischen Versorgung im ländlichen Raum und in den Wohnquartieren vieler Städte gehört zu den großen und drängenden Erfordernissen einer zukunftsweisenden Gesundheitspolitik in Baden-Württemberg.

❓ ***Welche Maßnahmen schlägt Ihre Partei zur Realisierung von nachhaltigen Versorgungskompetenzen in diesem Bereich vor?***

Die Sicherstellung der ärztlichen Versorgung ist ein zentraler Standortfaktor für die Beurteilung der Lebensqualität vor Ort. Hierzu zählt auch, dass Apotheken vorhanden sind, die kompetent Arzneimittel nicht nur abgeben, sondern auch professionelle Beratung leisten. Zentraler Ansatzpunkt ist aus Sicht der Freien Demokraten, dass die Attraktivität des Arztberufs wiederhergestellt wird. Neben der klassischen freiberuflich niedergelassenen Arztpraxis braucht es weitere Angebotsformen, die die Vereinbarkeit von Beruf und Familie – einschließlich Pflege – ermöglichen und dem Wunsch nach mehr so genannter work-life-balance gerecht werden. Wir wollen das Förderprogramm Landärzte weiterentwickeln und die Zahl der Studienplätze erhöhen. Ebenso muss endlich eine wirkliche Entbürokratisierung angegangen werden, damit die Ärztinnen und Ärzte wieder mehr Zeit für Ihre Patientinnen und Patienten und nicht für mehr als 80 Formulare haben. Eine Landarztquote beim Studium lehnen wir ab. Denn es kann niemand ernsthaft von einem Unter-20-Jährigen verlangen, dass er verlässlich vorhersagen kann, wie und wo er in mehr als 10 Jahren arbeiten und leben möchte.

? **Wie kann sich Ihre Partei ein Zusammenspiel zwischen analogen Arztbesuchen und den digitalen Angeboten vorstellen? Wie will Ihre Partei die Teilhabe der Menschen erreichen, die aufgrund besonderer Umstände Probleme haben, mit technischen Medien umzugehen?**

Die Freien Demokraten sehen die Chancen der Digitalisierung auf mehr Gesundheit und wollen diese nutzen. Gerade die Corona-Pandemie hat uns nachhaltig vor Augen geführt, wie wichtig dieses Thema im Gesundheitswesen ist. Dabei geht es immer um zusätzliche und freiwillige Angebote. Niemand möchte den persönlichen Arztaustausch ersetzen, wenn er gewünscht oder erforderlich ist. Insbesondere für chronisch Erkrankte gibt es sehr interessante telemedizinische Unterstützungs- und Monitoringprozesse.

Daneben zeigen die Erfahrungen mit dem Telemedizinprojekt docdirekt, dass es vielversprechende Potenziale gibt, die gut angenommen werden. Bei der Zusammenarbeit von Ärzten unterschiedlicher Fachrichtungen kann die Telemedizin zudem erhebliche Synergien und Behandlungsbeschleunigungen (zusätzliche persönliche Vorstellung entfällt) generieren. Wir wollen die Ausstattung mit telemedizinischen Geräten und die Einweisung in den Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung aufnehmen.

- ❗ Die Wertschätzung der Pflegeberufe in der öffentlichen Wahrnehmung muss gravierend verbessert werden. Dazu gehören aus unserer Sicht im Wesentlichen eine Anhebung des Pflegeschlüssels, eine deutliche Verbesserung der Vergütung für Pflegeberufe und eine Verbesserung der Arbeitsstrukturen.

? **Was wird Ihre Partei unternehmen, damit die Situation in der Pflege positiv verändert wird, das Berufsbild eine Aufwertung erhält und junge Menschen begeistert?**

Dabei geht es vor allem um den Abbau psychischer und physischer Belastungen, von Zeitdruck und um Entbürokratisierung gerade bei der Dokumentation. Um die Pflegekräfte länger im Beruf zu halten, mehr Menschen für die Pflege zu begeistern und das Bild des Pflegeberufs zu verbessern, muss bei den Arbeitsbedingungen angesetzt werden.

Dokumentation und Arbeitslogistik machen über 20 Prozent der Arbeitszeit der Pflegekräfte aus. Diese Zeit fehlt für Zuwendung und die Pflege am Menschen. Daher wollen wir Bürokratie abbauen, indem wir die Dokumentationspflichten überprüfen, bündeln und auf das Notwendigste reduzieren. Digitale Lösungen für die Dokumentation müssen etabliert werden. Das Prüfungssystem in der Pflege ist im Gesamtbild zu betrachten und Doppelstrukturen bei Prüfungen sind zu beseitigen. Außerdem müssen die Prüfrhythmen im Zuge der Umstellung der Qualitätsprüfungen auf den Pflege-TÜV überdacht werden.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und auch von Familie, Pflege und Beruf muss verbessert werden. Deswegen fordern wir flexible Arbeitszeiten und bessere Rahmenbedingungen für individuelle Maßnahmen und Angebote zur Vereinbarkeit. Die Kinderbetreuung muss auf die besonderen Arbeitszeiten in der Pflege verlässliche Antworten geben, Stichwort Schichtdienste.

Das Berufsbild des Pflegenden braucht mehr Eigenständigkeit und mehr Kompetenzen. Daher unterstützen wir die erweiterte Delegation von ärztlichen Leistungen an Pflegekräfte. Pflegekräfte sollen außerdem Verordnungskompetenzen für definierte Heil- und Hilfsmittel erhalten.

Die Pflegekräfte verdienen eine angemessene Vergütung. Sie scheitert aktuell vielfach an den Pflegesatzverhandlungen zwischen Kostenträgern und Leistungserbringern, insbesondere in der ambulanten Pflege. Gesetzliche Regelungen etwa zur Refinanzierung von Tariflöhnen durch die Kostenträger in der ambulanten Pflege werden in der Praxis teilweise unterlaufen.

Hier muss nachgeschärft werden. Die Politik muss außerdem auf Pflegesätze drängen, die den Pflegeeinrichtungen und -diensten die Zahlung angemessener Löhne bei gleichzeitiger wirtschaftlicher Tragfähigkeit ermöglichen.

Wir treten für einen Abbau reglementierender und starrer Anforderungen zur Personalbesetzung nach der Landespersonalverordnung ein. Unser Ziel ist dabei, moderne Pflegesettings mit Personalmix zu ermöglichen und flexibel auf veränderte Situationen reagieren zu können. Wir treten für eine zügige Umsetzung der bundesweiten Personalbemessung nach § 113 c SGB XI ein.

i **Mobilität und Klimaschutz – beides drängt**

Mobilität ist ein unverzichtbarer Teil des täglichen Lebens und großer Bestandteil der Daseinsvorsorge.

Insbesondere im ländlichen Raum ist es notwendig attraktive und umfassende Mobilitätslösungen zu finden.

Nur so lässt sich der Lebensstandort ländliche Region im demografischen Wandel erhalten.

Der Verkehr ist aber auch einer der größten Verursacher von Treibhausgasen. Um die notwendigen Klimaziele zu erfüllen, müssen neue, vernetzte und passgenaue Lösungen entwickelt werden.

? Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um die Mobilität im Sinne des Klimaschutzes zu erhalten und attraktiv zu gestalten?

Neben dem Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und dessen barrierefreier Umgestaltung sowie der Stärkung des Radverkehrs geht es darum, die individuelle Mobilität auf die Anforderungen des Klimaschutzes hin auszurichten. Ebenso können Bürgerbusse und Ruf-Taxis sowie andere innovative Verkehrsangeboten insbesondere für ältere Menschen wertvolle Bausteine der Mobilität sein. Diese wollen wir verstärkt fördern.

Wir sehen große Potenziale für synthetische Kraftstoffe, die im Fahrzeugbestand zu wesentlichen Verbesserungen beitragen können. Das Stichwort hier lautet Defossilisierung. Denn die batterieelektrische Mobilität ist kein Allheilmittel. Zu denken sind an die CO₂-Emissionen bei der Stromgewinnung und der Herstellung der Akkus. Zentral aber ist, dass sich diese neuen Modelle eben gerade nicht auf den Fahrzeugbestand auswirken. Für den Schwerlastverkehr und große Autos bietet darüber hinaus die Wasserstofftechnologie vielversprechende Perspektiven. Sei es in der Brennstoffzelle oder in der Direktnutzung in Motoren. Wir wollen die Forschung stärken und eine Wasserstoff-Strategie des Landes in Ergänzung des Bundes auf den Weg bringen, die diesen Namen auch verdient. Auch muss endlich die Blockade der SPD-Bundesumweltministerin gebrochen werden, die den Vertrieb von reinen synthetischen Kraftstoffen nicht zulassen möchte.

i Mobil sein bedeutet nicht nur auf Verkehrsmittel und eine gute Anbindung zurückzugreifen. Mobil sein bedeutet auch, sich ohne Barrieren im öffentlichen Bereich bewegen zu können.

? *Wie wird Ihre Partei den öffentlichen Bereich und die Nahversorgung für Fußgänger gestalten, damit die sich gut zurechtfinden und eine Nahversorgung vielen zugänglich ist?*

Mit der Novellierung der Landesbauordnung im Jahre 1996 wurde eine umfassende Barrierefreiheit für viele Neubauten vorgesehen. Jetzt geht es darum, den Bestand anzupassen. Wir fordern eigene Förderprogramme zur Barrierefreiheit, insbesondere auch, was den Bereich des öffentlichen Nahverkehrs anbelangt. Die unmittelbare Beschilderung vor Ort ist hingegen Sache der Städte und Gemeinde. Dieses sind für die Erfordernisse zu sensibilisieren.

? *Wie steht Ihre Partei zu dem Thema Barrierefreiheit im öffentlichen Raum?*

Für uns Freie Demokraten kommt die Barrierefreiheit einem Bürgerrecht gleich. Denn nur sie ermöglicht es, dass sich Jede und Jeder selbstbestimmt und ohne fremde Hilfe, also in Freiheit, bewegen kann.

i Teilhabe - im Zeitalter der Digitalisierung

Auch Seniorinnen und Senioren sind im digitalen Zeitalter angekommen und müssen sich in dieser schnelllebigen Welt zurechtfinden. Immer mehr von uns möchten sich dem Thema öffnen. Dennoch bleiben viele von dieser Entwicklung abgeschnitten.

? *Wie will Ihre Partei Seniorinnen und Senioren bei dieser Entwicklung mitnehmen?*

Wir nehmen es so wahr, dass Menschen mit großer Lebenserfahrung vielfach souverän mit Smartphone, Laptop und Tablet umgehen und sich in so genannten sozialen Medien bewegen. Wichtig ist es, sich eine Neugier zu bewahren und Selbstvertrauen zu haben. Oftmals helfen bei „Pannen“ Angehörige und Freunde. Aber auch Volkshochschulen, Kooperationspartner der Seniorenräte vor Ort und professionelle Anbieter leisten Hilfe und Unterstützung.

? *Was können wir gemeinsam dafür tun?*

Insbesondere durch die wichtigen Begegnungsmöglichkeiten in Orts-, Stadt- und Kreisseniorenräte kann ein lebendiger Erfahrungs- und Meinungsaustausch zu digitalen Produkten und Anwendungen erfolgen. Uns Freien Demokraten ist die Digitalisierung ein wichtiges Anliegen. Neben der Glasfaserinfrastruktur und Verwaltungsdienstleistungen in digitaler Form geht es auch darum, Kompetenzen aufzubauen, wo diese fehlen und es gewünscht wird. Im Zuge einer umfassenden Digitalisierungsinstrumente soll im Dialog mit Betroffenen und Ihrer Verbände diskutiert werden, was sinnvoll ist und umgesetzt werden kann.